

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 6 86 846 pbbn d

Inhalt

Heidmarie Wieczorek-Zeul MdEP verlangt die Abschaffung des Ehegatten-Splittings: Diskriminierung der Frauen. Seite 1

Bertold Kamm MdL kommentiert den Zerfall des konservativen Lagers: Strauß beschleunigt das "Debakel". Seite 3

Dr. Fritz Gautier MdEP nimmt Stellung zum Agrarkonflikt EG-USA: Keinen Rückzieher machen. Seite 4

Heinz Menzel MdB weist das Vorhaben zurück, das Betriebsverfassungsrecht zu ändern: Auf dem Marsch in Weimarer Verhältnisse. Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB befaßt sich mit Bangermanns Programm-Begriff: Das Scheckbuch als Grundsatzpapier. Seite 7

Klaus Daubertshäuser MdB fordert Maßnahmen, um den Verkehrsfluß zu verbessern: Straßensystem intelligenter nutzen. Seite 8

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

40. Jahrgang / 126

8. Juli 1985

Ehegatten-Splitting abschaffen

Gegenwärtige Steuerregelung diskriminiert die Frauen

Von Heidmarie Wieczorek-Zeul MdEP
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Der Bundesfinanzminister klingelt in diesen Wochen und Monaten wieder mit seiner Steuerreform durch die Lande. Zu den bereits satzsam diskutierten Mängeln des Koalitionsprojekts, kommt ein weiterer hinzu, der in dieser Woche in aller Deutlichkeit vom Europäischen Parlament dargestellt werden wird. Es geht um die Benachteiligung von verheirateten Frauen durch das Ehegatten-Splitting in der Lohn- und Einkommensteuer. Der Bericht der konservativen Abgeordneten Dame Shalagh Roberts "Über Einkommensteuer und Gleichbehandlung von Männern und Frauen" stellt zu dieser Eigentümlichkeit der bundesdeutschen Gesetzgebung schlicht fest: "Das 'Splitting' kann Ehefrauen davon abhalten, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, da das zusammengefaßte Einkommen des Ehepaars höher versteuert wird."

Die Folgerung, die zweifellos in dieser Woche die Zustimmung des Parlaments findet, deckt sich mit einer alten Sozialdemokratischen Forderung: "Das langfristige Ziel einer Steuerreform sollte die Anwendung eines obligatorischen Systems der getrennten Besteuerung von Mann und Frau sein." Klartext für Herrn Stoltenberg: Streichung des Ehegatten-Splitting.

Die Qualität jener Steuerreform wird sich also daran messen lassen müssen, ob sie die direkte oder indirekte Diskriminierung von Frauen beseitigt, ihnen die Aufnahme der Erwerbstätigkeit erleichtert und auch bei Steuerfreibeträgen für eine gleiche Behandlung von Männern und Frauen sorgt. Genau dies sind weitere Forderungen des Europäischen Parlaments.

Am wirksamsten wäre zweifellos ein Rahmengesetz (EG-Richtlinie) mit folgenden Elementen:



- Die Mitgliedstaaten müssen ihre Systeme der Lohn- und Einkommensteuer so gestalten, daß jede Form der direkten oder indirekten Diskriminierung der Frau aufgrund ihres Geschlechts, ihres Zivilstands oder der familiären Situation vermieden wird;
- die Mitgliedstaaten müssen ihre Systeme der Lohn- und Einkommensteuer so ausrichten, daß jede direkte und Indirekte (über den Ehepartner) steuerliche Belastung vermieden wird, die die Frau von einer Erwerbstätigkeit abhält;
- die Mitgliedstaaten müssen sich bei ihren Systemen der Lohn- und Einkommensteuer für eine getrennte Steuerveranlagung der einzelnen Steuerpflichtigen entscheiden;
- Steuerfreibeträge und Steuerermäßigungen müssen für das Einkommen der Person gewährt werden, der die entsprechenden Kosten auch tatsächlich entstehen; werden bestimmte Belastungen, für die Steuerfreibeträge oder Steuerermäßigungen gewährt werden können, von beiden Partnern getragen, dann müssen die entsprechenden Freibeträge und Ermäßigungen ausgewogen auf beide aufgeteilt werden;
- die Kosten für Kinderbetreuung und Haushaltsführung, die entstehen, um eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, müssen bei der Lohn- oder Einkommensteuer in Abzug gebracht werden können;
- pauschale Freibeträge, die sich auf die Belastung der Familie beziehen, müssen ausgewogen auf beide Partner aufgeteilt werden;
- besondere Steuervergünstigungen für sogenannte Alleinverdiener müssen durch eine Eltern- oder Versorgungszulage ersetzt werden, die direkt dem sorgeberechtigten Elternteil gezahlt wird;
- diese Zulagen müssen mit den für den sogenannten Eltern- oder Familienurlaub geltenden Regeln verbunden werden;
- mitarbeitende Ehefrauen in Familienbetrieben müssen Anspruch auf eine ausgewogene Einkommensaufteilung und eine gleichberechtigte und selbständige Behandlung bei der Einkommensteuer haben.

Meine Forderung ist: Die Bundesregierung darf nicht solange mit der Entrümpelung der diskriminierenden Steuergesetzgebung warten, bis sie dazu durch eine Richtlinie genötigt wird. Die Zeit ist reif, noch in dieser Legislaturperiode zu handeln. Ich befürchte allerdings, daß Stoltenberg im negativen Sinn "arbeitsmarktpolitisch" denkt und dankbar dafür ist, daß die herkömmliche Gesetzgebung verheirateten Frauen in der Bundesrepublik die eigene Erwerbstätigkeit vermiest und dadurch der Arbeitsmarkt nicht zusätzlich "belastet" wird. Mit Gerechtigkeit und Erfüllung des Grundgesetzes hat das allerdings dann nichts zu tun.

(-/8.7.1985/rs/ks)

+ + +



Strauß beschleunigt das "Debakel"

Das konservative Lager zerfällt rascher als erwartet

Von Bertold Kamm MdL
Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Der legendäre erste Nachkriegsvorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Kurt Schumacher, hat 1947 auf dem Parteitag sinngemäß seine Partei davor gewarnt, zu glauben, daß das sogenannte bürgerliche Lager leicht zu überwinden sei. Seherisch sah er voraus, daß alle Parteien, die auf dem rechten Spektrum angesiedelt sind, zuerst von der CDU/CSU aufgeschluckt werden müßten, bis es zu einer grundsätzlichen Entscheidung komme. Die Konzentration auf dieser Seite des politischen Spektrums rechts von der Mitte hat sich in vier Jahrzehnten fast vollständig vollzogen, wenn man von einem Restposten FDP-Wähler absieht, die aber zu einem erheblichen Teil aus CDU/CSU-Leihstimmen bestehen. Historisch gesehen hat die CDU/CSU mit einem der unentschlossensten Kanzler der Bundesrepublik und dem gleichfalls zaudernden CSU-Vorsitzenden einen Tiefstand an politischer Führungsschwäche entwickelt, die es wahrscheinlich macht, daß die Mitte und die linken Kräfte in Deutschland einer absoluten Mehrheit zusteuern. Diese Entwicklung entspricht übrigens der in anderen Ländern, etwa in Österreich.

Die warnenden Darstellungen eines Professor Rohrmoser unter der Überschrift "Das Debakel" und mit dem "Richtig"-Vermerk des bayerischen Ministerpräsidenten, daß die viel gefährlichere Tatsache verdeckt werde, die CDU sei nicht mehr in der Lage eine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, warum man sie überhaupt noch wählen soll, dies alles schließt die Zusatzfrage nicht aus, warum sich Bayerns CSU-Vorsitzender nicht in diese Fragestellung - warum CSU wählen? - mit einbeziehen lassen soll. Letztendlich wird schließlich jeder Wähler die Doppelstrategie von Franz Josef Strauß durchschauen, nur von Bayern aus zu tönen, aber die CSU-Abgeordneten und CSU-Minister in Bonn Kohl-getreu handeln zu lassen.

Die geradezu verzweifelt anmutenden Bemühungen von Strauß, die CSU aus dem Strudel des Niedergangs herauszuhalten, beschleunigen in Wirklichkeit die Entwicklung, machen das "Debakel" komplett. Die Ehe von CDU und CSU ist unheilbar zerrüttet, eine Scheidung wäre tatsächlich, wie Rohrmoser empfiehlt, die logische Konsequenz. Aber selbst dazu fehlt den Partnern die Kraft. Stattdessen versuchen sie, die ausweglose Lage mit Floskeln zu kaschieren, die ihnen kaum jemand mehr abnimmt. Wenn Strauß sagt, sein Gespräch mit Kohl letzte Woche sei "freundschaftlich, fast herzlich" gewesen, erntet er bei den meisten Beobachtern nur noch Hohngelächter.

Die Wege des Konservatismus gehen nun halt dem Ende entgegen. Wählerschichten, die strukturell und traditionell zur getreuen Anhängerschaft gehört haben, sind ob dieser Bonner Politik schon längst verunsichert, ja sie haben sich in Teilen bereits von ihr abgewandt.

Dies hat handfeste sachliche Gründe. Die Konservativen geben die falschen Antworten auf die drängendsten Fragen, etwa, wie die Umwelt gerettet, wie der Frieden gesichert, wie die Arbeitslosigkeit abgebaut, wie die soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann.

Die SPD präsentiert sich heute als eine außerordentlich problembewußte, moralisch motivierte, der Gerechtigkeit verpflichtete und der Zukunft zugewandte Partei. Angesichts des Zerfalls des konservativen Lagers kommt auf die SPD unweigerlich und schneller als vermutet die Verantwortung für die Gestaltung der Politik zu.
(-/8.7.1985/rs/ks)

+ + +



Keinen Rückzieher machen!**Agrarkonflikte USA-EG betreffen prinzipielle Fragen der EG-Außenpolitik****Von Dr. Fritz Gautier MdEP
Mitglied des EP-Wirtschaftsausschusses**

Die Agrarkonflikte zwischen der EG und den USA über Zitrus, Nudeln und Erdnüsse sind schwerwiegender als der bloße Schlagabtausch über Anteile am Weltmarkt für Getreide, Mehl oder Geflügel. Obwohl es bei Zitrusfrüchten, Nudeln und Erdnüssen nur um wertmäßig relativ geringe Größenordnungen geht, sind die außenpolitischen Implikationen erheblich. Worum geht es?

Die Europäische Gemeinschaft gewährt den Mittelmeerländern (Israel, Marokko, Algerien et cetera) einseitige Zollpräferenzen für den Import von Zitrusfrüchten. Diese nach Artikel 24 GATT getroffenen einseitigen Vergünstigungen wurden von der EG beim GATT hinterlegt. In der sogenannten "Casey-Soames"-Vereinbarung haben sich die USA verpflichtet, keine Maßnahmen gegen diese Mittelmeerpräferenzen zu unternehmen. (Übrigens haben die USA für ihre Caribbean Basin Initiative mit Zustimmung der EG ein GATT-waiver bekommen.)

Trotz dieser Absprache haben die USA 1982 Einspruch beim GATT erhoben, da sie die Exporte ihrer kalifornischen Zitrusfrüchte in die EG durch die Mittelmeerpräferenzen geschädigt sehen. Eine GATT-Sondergruppe hat im Februar 1985 überraschenderweise empfohlen, daß die EG den USA eine Entschädigung anbieten soll. Die EG hat die Annahme dieses Berichtes im GATT-Council aus prinzipiellen Gründen blockiert, da es sich bei dem Bericht der GATT-Sondergruppe um eine nachträgliche Interpretation von GATT-Artikeln handelt, die weit über die Kompetenz einer Sondergruppe hinausgeht und den Vertragsparteien als solchen unterliegt. Denn würde die EG eine solche Entscheidung akzeptieren, stünden prinzipiell alle einseitigen Zollvergünstigungen wie etwa im Lome-Abkommen zur Disposition. Und diese einseitigen Zollvergünstigungen sind prinzipieller Bestandteil der EG-Entwicklungspolitik.

Die USA haben nun einseitig Ausgleichsmaßnahmen bei Pasta (Nudeln) vorgenommen, auf die die EG mit Maßnahmen bei Erdnüssen reagiert hat.

Wir dürfen in dieser Frage keinen Rückzieher machen, sondern müssen als EG den USA weiterhin verdeutlichen, daß es nicht um einen handelspolitischen Kleinkrieg geht, sondern um schwerwiegende Fragen der EG-Mittelmeerpolitik, insbesondere nach der Süderweiterung.

(-/8.7.1985/rs/ks)

+ + +



Auf dem Marsch in Weimarer Verhältnisse

Zu den Koalitions-Absichten, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern

Von Heinz Menzel MdB

Mit zwei Änderungen strebt die Koalition von CDU/CSU und FDP die Veränderung der Verhältnisse in den Betrieben an. Einmal will sie angeblich Minderheiten einen stärkeren Schutz gewähren, in dem sie ihnen den Zutritt zum Betriebsrat und die Beteiligung an Führungspositionen im Betriebsrat verschaffen möchte. Zum anderen beabsichtigt sie, den leitenden Angestellten eine eigene Vertretung im Betrieb neben dem Betriebsrat zu ermöglichen. Diese Änderungen hätten nicht nur für die Verhältnisse in den Betrieben große Bedeutung, sondern sie können auch zu einer Zersplitterung der Arbeitnehmer und damit der Gewerkschaft führen. Dadurch würde das Kräfteverhältnis innerhalb unserer Gesellschaft weiter zu Gunsten der Arbeitgeber verlagert. Es ist deswegen zu fragen, ob denn die Begründungen für die Änderungen stichhaltig sind. Die jetzigen Wahlrechtsbestimmungen, die seit über 30 Jahren fast unverändert bestehen, tragen den Namen von Anton Storch, Hans Katzer, Walter Arendt genauso wie die von Konrad Adenauer und von Willy Brandt.

Sie haben zu stabilen Verhältnissen in den Betrieben geführt. Sie waren auch das Ergebnis der Erfahrung aus der Weimarer Zeit. Ganz gezielt sollte eine Zersplitterung der Arbeitnehmer in den Betrieben und eine Spaltung der Gewerkschaften sowie die der Politisierung der Betriebe vermieden werden. Insbesondere sollte radikalen Splittergruppen von vorneherein der Zugang zu den Betriebsräten erschwert werden.

Genau das wird aber eintreten, wenn die Gesetzesinitiative der CDU Erfolg hat. Im Interesse der christlichen Gewerkschaft, der es in fast 30jähriger Existenz nicht gelungen ist, Resonanz bei der Arbeitnehmerschaft zu bekommen und der ihre Bedeutungslosigkeit in einigen Branchen sogar durch Entscheidungen der Arbeitsgerichte bestätigt wurde, daß sie keine Gewerkschaft sei, soll nun geschichtliche Erfahrung über den Haufen geworfen werden.

Diese Änderungen werden zu einer Politisierung der Betriebe und zur Schwäche der Betriebsräte und somit zu instabilen Verhältnissen in den Betrieben führen. Wer heute die Voraussetzung für Weimarer Verhältnisse in den Betrieben schafft, braucht sich nicht zu wundern, wenn die morgen auch außerhalb der Betriebe eintreten.

Das Betriebsverfassungsgesetz hat den Sinn, sicherzustellen, daß die Interessen der Arbeitnehmer bei den betrieblichen Entscheidungen durch eine kollektive Vertretung berücksichtigt werden und stellt die schutzbedürftigen Arbeitnehmer unter den Schutz des Betriebsrates. Entscheidend dabei ist nicht die Unterteilung in Arbeiter und Angestellte. Der Schutz gilt für beide Gruppen gleichermaßen. Es grenzt die Angestellten nach oben ab und entzieht dadurch ein Teil der Angestellten den gesetzlichen Schutz. Das ist bei jenen Angestellten der Fall, bei denen in ihrer betrieblichen Stellung die Arbeitgeberfunktion überwiegen. Die betriebliche Praxis hat in der Tat gezeigt, daß die jetzige Abgrenzung unzureichend ist, weil sie auch Angestellte ausgrenzt, die tatsächlich noch Schutz bedürfen. Das wird auch durch die Forderung nach Sprecherausschüssen bewiesen. Wären alle schutzbedürftigen Angestellten vom Betriebsverfassungsgesetz erfaßt, stünden sie unter dem Schutz des Betriebsrats, würde sich eine Forderung nach Sprecherausschüssen gar nicht erst ergeben.

Wer es mit den schutzbedürftigen Arbeitnehmern, dazu gehören auch die Angestellten, gut meint, muß alle Schutzbedürftigen unter den vollen Schutz des Gesetzes und der Betriebsräte stellen. Das bedingt eine Neuabgrenzung der leitenden Angestellten. Eine eigene Vertretung der dann nicht mehr unter das Gesetz fallenden leitenden Angestellten erübrigt sich, weil dieser Kreis durch seine Stellung im Betrieb überwiegend Arbeitgeberfunktionen ausübt und eines Schutzes nicht mehr bedarf.

Gebot der Zeit ist es weiter, das Betriebsverfassungsgesetz fortzuschreiben und dabei die Rechte der Arbeitnehmer und der Betriebsräte zu stärken, um sicherzustellen, daß bei der sich ständig ausweitenden Technisierung und der Anwendung neuer Technologien die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Regelungen, wie sie die Koalition vorhat, mögen wahltaktische Gründe haben, den Interessen der Arbeitnehmer dienen sie nicht.

(-/8.7.1985/rs/ks)

+ * +



Bangemann programmatisch:

Das Scheckheft wird zum Grundsatzpapier

Von Dr. Dietrich Spertling MdB

Grundaussagen mit programmatischem Profil, wie sie den politischen Liberalismus einmal ausgezeichnet haben, gibt es vom neuen FDP-Vorsitzenden und Ersatz-Lambsdorff im Bundeskabinett, Martin Bangemann nicht. Von seinen alten politischen Standpunkten aus den frühen 70er Jahren hat er sich abge"wendet". Sie sind heute sozusagen nicht nur seine "Kehrseite", sondern sie sind als sozialliberale Positionen mittlerweile auch aus der FDP ausgekehrt (worden):

Angesichts dieses Mangels ist jede grundlegende Äußerung von Bangemann von Interesse, gleich wo er sie macht und sei es auf einem "Börsenforum" wie in diesem Frühjahr. Zweierlei fällt an diesen Grundsatzausagen sofort auf: Bangemann hat ein vulgär-marxistisches Verständnis vom Zusammenhang von Politik und Wirtschaft: Wirtschaft ist alles, Politik ist nichts. Eigenständige Funktionen der Politik, die über die Sicherung von Markt und Wachstum hinausgehen, sieht Bangemann nicht.

Verräterisch ist: Er redet davon, daß wir ein "funktionierendes politisches System" brauchen. Beim Weiterlesen merkt man was er meint: Das politische System des FDP-Vorsitzenden ist nicht die Demokratie, nicht der Parlamentarismus, sondern die Marktwirtschaft. Der Schlüsselsatz für die neue FDP-Politik lautet demgemäß: "Wenn es uns gelingt, die Akzeptanz für unser marktwirtschaftliches System zu erhalten, dann habe ich überhaupt keine Sorgen für die nächsten Jahre."

Dies ist die Selbstaufgabe von Politik und jeder inhaltlichen Zielsetzung zugunsten eines inhaltsleeren wirtschaftlichen Steuerungsmechanismus. Nach dem Motto: Egal was kommt und passiert, Hauptsache ist, wir verdienen dran:

Dennoch: Ein Rest Politik ist geblieben. Bei der Aufzählung der wirtschaftspolitischen Probleme nennt Bangemann als viertes und letztes die Arbeitslosigkeit und versteigt sich zu der Formulierung, sie sei eine Aufgabe, "wenn nicht sogar die wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre".

Immerhin also, er schließt nicht aus, daß die Arbeitslosigkeit mehr als ein Nebenproblem ist. Die Schuldigen hat er gleich parat: "Die unheilvolle Politik der Gewerkschaften", die "überzogenen Vorstellungen beim Kündigungsschutz" und so weiter. Das Lied ist bekannt.

Das also ist aus der FDP-Programmatik geworden: ein dimensionales und zielfreies Geldmacherdenken.

(-/8.7.1985/bb/ks)

+ + +

Besserer Verkehrsfluß

Leistungsfähige Straßen-Management-Systeme bieten sich an

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Kapazitätsengpässe in unseren Straßen sind nicht notwendig durch den Bau neuer Straßen zu beseitigen. In erster Linie kommt es darauf an, die vorhandenen Straßen intelligenter zu nutzen und Verkehrsspitzen auf andere Straßen mit zu verteilen.

Notwendig sind leistungsfähige Straßen-Management-Systeme unter Einsatz moderner Informationstechnologien. Solche Systeme bestehen grundsätzlich aus

- einer kollektiven Verkehrsleitung (Stauwarn-Einrichtung, Wechselverkehrszeichen, Nebel- und Glätteis-Warneinrichtungen, Verkehrsfunk et cetera),
- der individuellen Verkehrsleitung (Fahrer gibt einer Zentrale sein Fahrziel an und erhält von der Zentrale entsprechend der aktuellen Verkehrslage die günstigste Route).

Solche Systeme erhöhen zusätzlich die Verkehrssicherheit, auch reduzieren sie Umweltbelastungen und Energieverbrauch im Straßenverkehr.

Wissenschaft und Wirtschaft sind gefordert. Auch können im Inland eingesetzte moderne Verkehrstechnologien mit einer hohen ökologischen und ökonomischen Attraktivität auf den internationalen Märkten verkauft und damit Exportmärkte gesichert sowie neue Arbeitsplätze in unserem Land geschaffen werden.

(-/8.7.1985/rs/ks)

+ + +

